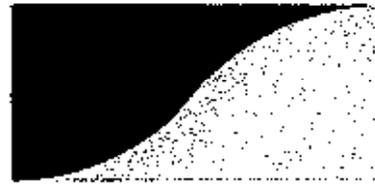


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 886846 ppbn d



Inhalt

Kurt Vogelsang MdB fordert das Studienangebot der Hochschulen zukunftsgerichtet zu erneuern: Abiturienten nicht in die Lehre abdrängen. Seite 1

Professor Dr. Nils Diederich MdB zur Situation der Berliner CDU: Rechtsradikale Jungunionisten sprengen den demokratischen Grundkonsens. (Teil II) Seite 2

Dokumentation
Der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Gerd Muhr, hat sich mit einer Stellungnahme zur Absicht der Bundesregierung, den AFG 116 zu ändern, an die Ministerpräsidenten der Länder gewandt. Wortlaut Seite 5

41. Jahrgang / 9

14. Januar 1986

Abiturienten nicht in Ausbildung abdrängen

Das Studienangebot der Hochschulen zukunftsgerichtet erneuern

Von Kurt Vogelsang MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Immer mehr Abiturienten verzichten zugunsten einer Lehre auf ein Studium. Die Bundesregierung unterstützt diesen Trend und propagiert dies als „neuen, gesunden Realismus“.

Das politische Werben um mehr Abiturienten in der Berufsausbildung ist nicht zu verantworten. Der Sturm der Abiturienten auf Ausbildungsstellen führt zu einer Umverteilung der Ausbildungschancen zu Lasten der Abgänger von Haupt- und Realschulen. In den letzten drei Jahren fanden immer mehr Jugendliche keinen Ausbildungsplatz in der Berufsausbildung. Im übrigen ist den Abiturienten mit der Abwerbung vom Studium nicht unbedingt gedient, denn eine abgeschlossene Berufsausbildung garantiert auch den Abiturienten keinen Arbeitsplatz, wie auch Professor Dr. Berchem, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) kürzlich feststellte, werden die beschäftigungspolitischen Probleme unserer Gesellschaft mit der Abwerbung der Abiturienten vom Studium nicht gelöst.

Es ist in dem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die Arbeitslosenquote unter den Hochschulabsolventen mit 5,3 Prozent immer noch unter der allgemeinen Arbeitslosenquote von circa neun Prozent liegt. Hochschulabsolventen sind immer noch eine vergleichsweise privilegierte Gruppe auf dem Arbeitsmarkt. Dabei ist die Situation für viele geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe zwar ungünstig, während Berufsgruppen wie Elektroingenieure, Informatiker und EDV-Fachleute heute große Zukunftschancen haben.

Alles in allem: Es besteht kein Grund, die Abiturienten in die Berufsausbildung abzurängen; dort verdrängen sie nur andere. Vielmehr muß das Studienangebot an unseren Hochschulen zukunftsgerichtet erneuert werden, um den vielbeschworenen technologischen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden zu können. Das wachsende Potential an Hochqualifizierten ist eine Chance mehr Arbeitsplätze zu schaffen und so zu einer Verbesserung des Arbeitsmarktes beizutragen.

(-/14.1.1986/bb/ks)

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

+ + +

Verpflichtung: Inhalte
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Ein Blick auf die Berliner CDU

(Teil II)

Rechtsradikale Tendenzen in der Jungen Union sprengen den demokratischen Grundkonsens

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Man erinnere sich, daß die Union von den älteren Wählern her in die traditionell sozialdemokratische Wählerschaft eingedrungen ist. Denn die Union hatte immer Probleme mit dem Nachwuchs. In den späten 70er Jahren förderte die CDU die Entwicklung ihrer Jungmannen-Organisation Schüler-Union. Aber junge Konservative trafen in Berliner Gymnasien auf eine Schülerschaft, die sich langsam von den dogmatisch verengten und organisatorisch eher introvertierten Jungsozialisten in die alternative und nicht in konservative Richtung bewegten. So wußte sich das kleine Häuflein Schüler-Union, aus der die Junge Union im wesentlichen ihren Nachwuchs speiste und speist, nur durch zunehmende Militanz zu behaupten.

Sichtbares Ergebnis dieser Entwicklung war der Führungswechsel in der Jungen Union im Wende-Jahr 1983, als Dieter Dombrowski den eher reformorientierten Dieter Flämig ablöste.

Obwohl seit 1975 stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus stand die Union in Berlin stets in der Ecke des kalten Krieges und der Illiberalität. Sie hatte einfach den Anschluß an die Ostpolitik noch nicht gefunden. Und auch in Fragen der Stadtpolitik, der inneren Sicherheit, der Haltung zu den Ausländern galt Berlin weiterhin als „sozialdemokratische Stadt“. Dies haben führende CDU-Politiker bis hin zu von Weizsäcker stets geäußert, und dies war nicht nur Taktik.

Erst Richard von Weizsäcker hat die Berliner CDU auf den Weg der neuen Ostpolitik gezwungen und die Liberalität dieser Stadt auch als Ziel der Unionsführung formuliert. Aber die Union hat diesen Schritt zur neuen Ostpolitik an ihrer Basis nur zögernd vollzogen. Im Gegensatz übrigens zu jenen anpassungsfähigen „Machttechnikern“ - wie Landowsky, Diepgen und Kittelmann -, die sehr wohl erkannten, daß die links-liberale Pose in Berlin notwendig ist, um sich die Macht zu erhalten.

Aber weder die ältere CDU-Generation noch die Jungmannschaft hat diese taktische Wendung geistig nachvollzogen. Gerade die junge Mannschaft steht eher unter dem geistigen Einfluß der Konservativen Aktion, die „den Antibolschewismus“ als sozialen Kitt verwendet. Die Denunziation aller, die links von der Mitte stehen, ist das Mittel der Solidarisierung. Diese Bewegung, die gekennzeichnet wird durch Namen wie Gerhard Löwenthal und Ludek Pachmann, hämmern den Jungen ein - und bleiben nicht ohne Erfolg -, daß die Friedensbewegung lediglich eine „sogenannte“ sei und daß alles, was links steht, permanent als „rotes Gesindel“ zu bezeichnen ist. Das Denunziationsvokabular stammt aus dem Propagandarepertoire des Joseph Goebbels.

Und spätestens hier wird klar, daß die Häufung rechtsradikaler Äußerungen nicht nur eine Frage der Kinderstube ist. Wer gedankenlos nazistische Lieder singt, wer rechtsradikale Äußerungen tut, der offenbart eine Grundhaltung, die in einer demokratischen Partei nach 1945 nichts zu suchen hat.

Das Wendejahr 1983 markiert bezeichnenderweise das massivere Auftreten öffentlicher rechtsradikaler Äußerungen. Mit dem Weggang von Weizsäckers hat die „Wende-Jugend“ in den Nachwuchsgliederungen der Union die Oberhand. Das Selbstbewußtsein ist nach dem Wechsel in Bonn in dieser Nachwuchsriege gewachsen. Und nach Diepgens Wahlsieg kennt der Übermut der Jungmannen (Mädchen sind in dieser Generation von Polit-Yuppies eher Dekor) kaum noch Grenzen. Sie verkörpert das politische Spezifikum



einer neuen Generation, die man als Variante jener modischen Begleiterscheinung der konservativen Wende in der westlichen Welt - des Reaganismus und Thatcherismus (von Kohlismus möchte man nicht gern sprechen) - ansehen kann. Diese Yuppies zeichnen sich aus durch „gesundes“ Machtstreben, gesellschaftlichen Hochmut und, was für bürgerliches Karrierestreben besonders gut tut, Mangel an Selbstkritik.

Diese Generation in Junger Union und Schüler-Union weiß, daß Kittelmann und Landowsky sie brauchen, denn der spärliche Nachwuchs an Aktivisten in der Union rekrutiert sich traditionell aus der Jungen Union. Es ist eine neue Variante eines von Hackel sehr gut beschriebenen Typs: Die Tendenz zum Berufspolitikertum ist schon früh, möglichst während der Schulzeit, erwacht. Die Jungen entwickeln innerparteiliches Durchsetzungsvermögen, gepaart mit der Fähigkeit, Parteiordnungsverfahren und Abstimmungs-niederlagen durchzuhalten. Auch sie setzen sich mit Ellenbogen durch. Es ist das Gefühl der Macht, das bei dieser Generation ohne historisches Bewußtsein gewachsen ist und für die der Sieg der Union in Berlin ein endgültiger ist. Siegestrunken, endlich auch nach jahrzehntelanger Opposition die Karriere vor Augen, macht diese Bürgerjugend - und aus bürgerlichen Kreisen kommen sie alle - auch die Politik zum Lebensziel nach echter Yuppie-Art.

IV.

Was angesichts dieser Entwicklung mit besonderer Sorge erfüllen muß, ist folgendes: Nach dem Krieg bestand ein starker Grundkonsens zwischen den großen Parteien in Berlin, der nicht nur aus dem gemeinsamen Abwehrkampf gegenüber totalitären Ansprüchen der Kommunisten, sondern auch aus der gemeinsamen Entschlossenheit zur Überwindung des Nationalsozialismus gewachsen war. Was bis in die jüngste Zeit geblieben ist - auch in der Zeit, als die Union sich weigerte, der neuen Ostpolitik zu folgen - war der antifaschistische Grundkonsens unter den verantwortlichen Politikern. Heute sehen wir mit Entsetzen, daß in der Berliner CDU eine Generation nachwächst, mit der dieser antifaschistische Grundkonsens nicht mehr hergestellt werden kann, weil die faschistische Vergangenheit verdrängt und verniedlicht wird. Neonazis sind diese jungen Menschen im eigentlichen Sinne wohl nicht, aber sie sind anfällig für autoritäre Ideologien. Sie nehmen nicht mehr zur Kenntnis, daß die Zerstörung der Demokratie in Deutschland nicht von links, sondern von rechts kam. So wird das Singen militaristischer und nationalsozialistischer Lieder, das Liebäugeln mit Wortsymbolen des Nationalsozialismus und die Reproduktion antisemitischer Klischees zum Versatzstück übermütiger Selbstdarstellung in gelockerter Atmosphäre. Dahinter steht eine tiefergehende gesellschaftspolitische Grundhaltung.

Der Kreisvorsitzende der Wilmersdorfer CDU, Wruck, schätzt das rechtsradikale Potential in der Jungen Union und der Schüler-Union auf ein Drittel. Der JU-Vorsitzende Dombrowski sagte anläßlich der rechtsradikalen Umtriebe, daß die Junge Union halt auch den „rechten Rand“ abzudecken habe. Er mußte gleichzeitig einräumen, daß man in den vergangenen Jahren wohl „zu nachlässig und blauäugig“ mit Rechtsextremisten umgegangen sei.



Generalsekretär Landowsky verkündete zwar wortstark, wer nazistische Lieder singe, gehöre nicht in die CDU; es ist sogar gelungen, einzelne der auffällig gewordenen Politiker-Lehrlinge zum Austritt aus der CDU zu bewegen. Allerdings sind die Äußerungen der Führungsgarnitur der CDU eher von Beschwichtigung als von dem festen Willen zur Bekämpfung getragen. Ex-Generalsekretär Straßmeir sprach von „Fehlern“ junger Leute, Diepgen ließ sich zur Äußerung „Dumme-Jungen-Streiche“ herab und Kittelmann „drohte“, daß man mit solchen Leuten energisch reden wolle. Konsequenterweise wird man die rechtsradikale Gesinnung damit kaum, es sei denn, die Union trennte sich von ihrer Schüler-Union und verstieße einen großen Teil der Anhängerschaft der jungen Generation.

So stehen wir in Berlin vor einer besorgniserregenden Unterwanderung der Union von rechts; demokratische Strukturen und Gesinnungen werden langsam im autoritären Sinne verfälscht.

Allzu schnell werden die alerten Neuliberalen Landowsky und Diepgen merken, daß die Basis aus Altstahlhelmen und Ostlandreitern sich mit jener von den Rechts- und Alt-Konservativen vom Schlage Lummer, Löwenthal und Pachmann vorbereiteten Jungextremisten-Generation zur Machtübernahme verbünden.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus, Buwitt, läßt in diesen Tagen Annoncen an die „Lieben Berlinerinnen, lieben Berliner“ verbreiten, in denen es heißt: „Unsere Erfolge lassen uns einen Schlußstrich unter die SPD-Vergangenheit ziehen.“ Das klingt lächerlich angesichts der Tatsache, daß ein großer Teil der von der Union in Berlin in den vergangenen Jahren realisierten Projekte auf Vorarbeiten sozialdemokratischer Senate beruht, somit Ergebnis der „SPD-Vergangenheit“ ist. Wenn Buwitt aber andeuten will, daß man die SPD für jenen demokratischen Grundkonsens, zu dessen Wesenselementen auch der Antifaschismus gehört, nicht mehr braucht, so wird er sich letztlich gewaltig täuschen. Wir werden nicht zulassen, daß in Berlin ein Weg nach rechts außen eingeschlagen wird. Wir sind überzeugt, daß auch die Wähler rechtzeitig Schranken setzen werden.

(/14.1.1986/bb/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

„Der soziale Frieden in der Bundesrepublik Deutschland wäre nachhaltig gefährdet“

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gerd Muhr, hat sich jüngst mit einer Stellungnahme zur Absicht der Bundesregierung, den AFG 116 zu ändern, an die Ministerpräsidenten der Länder gewandt. Wir veröffentlichen seinen Brief im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ende Januar wird der Bundesrat über seine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Paragraphen 116 AFG beraten.

Wie Sie wissen, hatte der Bundesrat sich schon 1969 anlässlich der Beratungen zu dem heute geltenden Paragraphen 116 AFG dafür ausgesprochen, das Ruhen von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung auf die Fälle zu beschränken, in denen die Arbeitslosigkeit die unmittelbare Folge einer auf eine Arbeitsstreitigkeit zurückzuführenden Arbeitseinstellung ist. Begründet wurde dies auch damit, daß die Träger der Sozialhilfe nicht anstelle der Bundesanstalt für Arbeit mit den ihre Finanzkraft übersteigenden mittelbaren Folgen eines Arbeitskampfes belastet werden können (BR-Drucksache 484/67), die im übrigen alle Arbeitnehmer treffen und nicht nur die gewerkschaftlich organisierten. Von daher wäre es konsequent, daß der Bundesrat entsprechend seiner damaligen Stellungnahme den jetzigen Entwurf der Bundesregierung ablehnt.

In diesem Zusammenhang möchten wir Ihnen auch die wichtigsten Einwände des Deutschen Gewerkschaftsbundes darlegen in der Hoffnung, daß Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, unsere Argumente im Rahmen Ihrer Beratungen ebenfalls berücksichtigen.

- Der Gesetzentwurf der Bundesregierung verletzt die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit, weil er mittelbar von Arbeitskämpfen betroffenen Arbeitnehmern Arbeitslosen- beziehungsweise Kurzarbeitergeld in der Regel versagt. Es entspricht allgemeiner juristischer Auffassung, wie auch der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, daß diese Sozialversicherungsansprüche auch bei mittelbarer Kampfbetroffenheit der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer nur in eng begrenzten Ausnahmefällen ruhen dürfen. Der Regierungsentwurf will aber das, was nach geltendem Recht Ausnahme ist, künftig zur Regel machen. Dadurch wird die Kampfposition der Arbeitgeber im Widerspruch zum Neutralitätsgebot gestärkt und die der Gewerkschaften entscheidend geschwächt.
- Der Gesetzgeber verstößt gegen die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie, die auch für sozialrechtliche Versicherungsansprüche der Arbeitnehmer bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit gilt. Es handelt sich um wohlverworbene Rechte der Arbeitnehmer, für die sie jahrelang Beiträge entrichtet haben und in die der Gesetzgeber nicht ohne Not eingreifen darf.
- Der Gesetzentwurf der Bundesregierung schafft keine Rechtsklarheit, sondern im Vergleich zur geltenden Regelung gravierende Rechtsunsicherheit. Nach dem Regierungsentwurf soll es künftig darauf ankommen, ob eine „Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist“. Es ist jedoch weder geklärt, was unter einer Hauptforderung zu verstehen, noch wann Forderungen nach Art und Umfang annähernd gleich sein sollen. Mit derart unscharfen Begriffen

ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Es kommt hinzu, daß nach der Begründung zum Regierungsentwurf eine Forderung bereits dann als erhoben gelten soll, „wenn sie nach den Gesamtumständen, das heißt aufgrund konkludenten Verhaltens, als erhoben anzusehen ist“. Das bedeutet das gerade Gegenteil von Rechtssicherheit und Rechtsklarheit. Demgegenüber hat die Anwendung des Gesetzes und vor allem auch der Neutralitätsanordnung während ihres zwölfjährigen Bestehens bis heute keine Schwierigkeiten bereitet, obwohl Arbeitskämpfe auch in der Vergangenheit von den Gewerkschaften nicht mit Flächenstreiks, sondern zunächst in ausgewählten Betrieben eingeleitet wurden. Auch von daher kann deshalb kein Klarstellungsbedarf behauptet werden.

Der Bundesarbeitsminister hat kürzlich dieser Kritik im Kern zugestimmt und eingestanden, daß eine „wasserdichte“ Regelung nicht möglich und auch nicht beabsichtigt sei. Damit ist jedoch das Hauptargument der Bundesregierung von der angeblich notwendigen Klarstellung der angeblich unklaren geltenden Fassung des Paragraphen 116 AFG hinfällig geworden.

- Der Gesetzentwurf der Bundesregierung widerspricht internationalen vertraglichen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung des Übereinkommens 102 der Internationalen Arbeitsorganisation eingegangen ist. Nach diesem Übereinkommen darf der Anspruch auf Arbeitslosen- beziehungsweise Kurzarbeitergeld nur versagt werden, wenn die Arbeitslosigkeit die „direkte“ Folge eines Arbeitskampfes ist. Das ist außerhalb eines umkämpften Tarifgebietes nicht der Fall. Die Verabschiedung des Gesetzentwurfs wäre deshalb dem internationalen sozialpolitischen Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in höchstem Maße abträglich.
- Würde den Vorstellungen der Unternehmer entsprochen, nach denen die Gewerkschaften auch an außerhalb eines umkämpften Tarifgebietes nur mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer Unterstützungsleistung zahlen sollen, so wären Arbeitskämpfe für diese finanziell nicht mehr verkraftbar und damit effektiv nicht mehr durchführbar. Die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie und der soziale Frieden in der Bundesrepublik Deutschland wären nachhaltig gefährdet.

Wir schließen deshalb mit der dringenden Bitte an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihren Einfluß in den Beratungen des Bundesrates darauf zu verwenden, vor den von uns aufgezeigten Gefahren für die soziale Demokratie und den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft zu warnen und den Gesetzentwurf der Bundesregierung abzulehnen. Ein „Memorandum zur Neutralität der Bundesanstalt“, das der Deutsche Gewerkschaftsbund im November 1985 allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages übersandt hat, füge ich zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme bei.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Gerd Muhr
(Stellvertretender Vorsitzender)

(-/14.1.1986/rs/ks)

+ + +